

Zum Erfolg beigetragen

Zu Recht ist der BDKJ und sind die katholischen Jugendverbände stolz darauf, dass sie mit ihrem großen Engagement wesentlich zum Erfolg des XX. Weltjugendtages in Köln beigetragen haben. Dies gilt auch für die Werke, die erneut mit großen gemeinsamen und zusätzlichen Aktionen präsent waren und sich sympathisch, kompetent und profiliert präsentiert haben. Zu nennen wäre auch der große Einsatz weiterer Verbände - und von allem die tausenden Vorbereitungsgruppen in den Pfarreien, Dekanaten und Diözesen aus ganz Deutschland. Gemeinsam mit dem Weltjugendtagsbüro haben die Katholiken in Deutschland gezeigt, was sie können.

Es war wohltuend zu hören, wie Bundespräsident Horst Köhler die Arbeit der katholischen und evangelischen Jugendverbände wertschätzte. Viele junge Menschen würden hier erfahren, wie wertvoll es ist, sich für andere einzusetzen, wie wichtig gemeinsame Werte für den Zusammenhalt einer Gemeinschaft sind. Hier lernten sie viel über Verantwortung. Der Bundespräsident hat recht: hier geschieht sehr viel Gutes, ja Unverzichtbares - übrigens für die Gesellschaft wie für die Kirche.

Die Angebote der Verbände und Werke haben das Programm des Weltjugendtages bereichert. Ein großer Gewinn, für die deutschen wie für die ausländischen Jugendlichen, waren die Tage in den Diözesen mit mehr als 120 000 Teilnehmern. Auch der Tag des sozialen Engagements wäre ohne die unzähligen Initiativen, durch die die katholischen Verbände und Organisationen in Gesellschaft und Kirche präsent sind, nicht denkbar gewesen.

Jetzt gilt es, den Impuls der Tage in den deutschen Diözesen und in Köln aufzunehmen und zu nutzen zu einer Stärkung der kirchlichen Jugendarbeit in den Verbänden, in den Gemeinden. Und mit dem 96. Deutschen Katholikentag in Saarbrücken, vom 24.-28. Mai 2006, steht das nächste große Fest bevor.

Stefan Vesper

11. Jg. Nr. 4 31. August 2005

Inhalt

Vorrang für Familie und Bildung

Anforderungen an vernünftige Politik nach der Wahl
Hans Joachim Meyer 2

Passenden Schlüssel prägen

Bildungspolitik als vorausschauende Sozialpolitik
Heinz Wilhelm Brockmann 4

Hotel Mama und Papas Scheckheft

Studienbeiträge verändern nicht nur die Finanzlage der Hochschulen
Eva Maria Welskop-Deffaa 5

Weiter für ein starkes und vereintes Europa

Französische Katholiken nach dem Referendum
Jean-Marie Brunot 6

Orten der Gerechtigkeit auf der Spur

Ein Werkstattbericht aus dem Themenbereich I
Hans-Joachim Sander 8

Öffentlich – Rechtlich i.R.?

Positionsbestimmung in Zeiten fundamentaler Umbrüche in den Medien
Klaus Prömpers 10

Ein starker Grund zur Hoffnung

ZdK-Präsidium würdigt Weltjugendtag 12

Vorrang für Familie und Bildung

Anforderungen an vernünftige Politik nach der Wahl

Wahlen sind Höhepunkte und Bewährungsproben der Demokratie. Für die kommende Bundestagswahl wird dies durch die Intensität der öffentlichen Auseinandersetzungen und die dramatischen Umstände einer vorzeitig beendeten Legislaturperiode unterstrichen. Wahlentscheidungen können von den Bürgerinnen und Bürgern nur dann verantwortlich getroffen werden, wenn die Probleme der Realität erkannt sind und die Alternativen für deren Lösung auf dem Tisch liegen. Darum muss jede Wahl eingebettet sein in eine öffentliche Debatte, die diesen beiden Anforderungen genügt. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken betrachtet die Teilnahme an diesem gesellschaftlichen Dialog als seine wichtigste Aufgabe.

Nüchterner Realismus ist das Gebot der Stunde. Die deutsche Gesellschaft durchlebt eine der schwierigsten Phase ihrer jüngeren Geschichte. Was die Menschen daher brauchen und was die meisten von ihnen erwarten, sind keine Versprechungen künftiger Wohltaten, sondern eine ehrliche Analyse der Wirklichkeit. Wer den Menschen vorgaukelt, jetzt könnten durch Umverteilung zerbrochene Sicherheiten repariert und Wohlstand für alle erzwungen werden, verbaut, auch wenn die Absichten menschenfreundlich sein mögen, den Weg in eine gute Zukunft. Und wer Missmut und Unzufriedenheit mit dem Zustand unserer Gesellschaft gegen Ausländer oder gegen die Menschen jenseits der Grenzen zu missbrauchen sucht und den Ungeist des Rassismus und des Nationalismus belebt, der bedroht uns und unsere Freiheit.

Ehrliche Analyse mit Zukunftskonzepten verbinden

Was wir brauchen, sind überzeugende Zukunftskonzepte für eine menschenwürdige Gesellschaft, welche die Menschen nicht ängstigen, sondern ermutigen. Eine realistische Analyse der Lage eines Landes ist deshalb nur dann weiterführend, wenn sie nicht allein auf Offenheit setzt, sondern mit realistischen Vorschlägen zum Ausweg aus der

Krise verbunden ist. Reformvorschläge dürfen die Härte der Anforderungen gewiss nicht verschweigen. Allerdings werden sie die Menschen für die erforderlichen Anstrengungen nur dann gewinnen, wenn die dadurch zu erreichenden Chancen glaubhaft sind. Es genügt auch nicht, wenn nur einzelne Gruppen der Gesellschaft ihren Vorteil in einer Reform erkennen. Was wir vielmehr brauchen, ist eine Perspektive für das ganze Land, für Männer und Frauen, für Alte und Kinder.

Das Soziale neu denken

Der Sozialstaat gehört zu den großen Errungenschaften der Bundesrepublik. Er hat die Freiheit befestigt und maßgeblich zum Erfolg der freiheitlichen Ordnung im Kampf der Systeme beigetragen. Die meisten Menschen wollen darum am Grundsatz des Sozialstaates als einem Pfeiler unserer freiheitlichen Gesellschaft festhalten. Zugleich ist jedoch den meisten Menschen klar, dass die Idee des Sozialstaates unter den Bedingungen der Europäisierung und der Globalisierung einer neuen Konzeption und einer neuen Umsetzung bedarf. Immer mehr erkennen, dass die isolierte Veränderung einzelner Elemente dafür nicht reicht.

Der Titel des umstrittenen Textes der Deutschen Bischofskonferenz "Das Soziale neu denken" traf also den Nagel auf den Kopf. Was freilich eine solche Aufforderung konkret bedeutet – darauf gibt es konkurrierende Antworten. Liegt der Akzent mehr auf der eigenen oder mehr auf der gemeinsamen Verantwortung? Wie kann das Streben nach sozialer Gerechtigkeit wirkungsvoll mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbunden werden? Was sind die Chancen und was sind die Grenzen des Wettbewerbs? Wie kann Arbeitslosigkeit rasch und wirkungsvoll verringert und beseitigt werden? Und welche Schritte müssen ganz generell als erste gegangen werden, um das Schiff Deutschland wieder flott zu machen und erneut an die Spitze zu bringen?

Zentrale Bedeutung der Familie

Strittige Debatten beleben die Demokratie. Was freilich dabei aus dem Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten kann, sind langfristige Notwendigkeiten und nachhaltige Wirkungen. Der Zusammenhang zwischen einer leistungsfähigen Wirtschaft und einem funktionierenden Sozialstaat ist offenkundig. Dagegen gerät die Rolle der Familie leicht auf ein Nebengleis, wie leider auch die ge-

sellschaftliche Bedeutung von Kultur und ihrer drei wesentlichen Elemente Kunst, Wissenschaft und Bildung. In beiden Fällen kann die Föderalismusdebatte die Einsicht verstellen, dass Familie und Kultur nationale Themen sind.

Für eine in sich ausgewogene und zukunftsfähige Gesellschaft kommt der Familie die zentrale Bedeutung zu. Diese elementare Wahrheit ist in Deutschland, insbesondere in der alten Bundesrepublik, über mehrere Jahrzehnte verdrängt, wenn nicht sogar aggressiv geleugnet und jedenfalls in ihren Konsequenzen zu wenig beachtet worden. Stattdessen wurde das Thema der Familie in hohem Maße von zwei sich erbittert befehdenden ideologischen Lagern besetzt. Die einen schürten den Verdacht, Förderung der Familie könne die Fortsetzung der die Frauen auf ihre Mutterrolle reduzierenden nazistischen Bevölkerungspolitik sein. Zwar musste jedem denkenden Menschen klar sein, dass Familienpolitik und Bevölkerungspolitik untrennbar sind. Unter denen jedoch, die Deutschland insgesamt für rechtslastig halten, erblickten viele über Jahrzehnte in der drastischen Reduktion der Geburtenzahlen keine Gefahr. Im Gegenteil. Je mehr Deutschland zum Einwanderungsland werden muss, um zu überleben, umso besser für ihre Freiheit. Zu einer solchen Einstellung passte gut, dass die auf die Ehe gegründete Familie in der Folge des Mentalitätswandels der Achtundsechziger immer mehr als eine überlebte bürgerliche Institution abgewertet wurde, die der Frauenemanzipation und der sexuellen Revolution im Wege stehe. Es liegt in der Konsequenz einer solchen ichbezogenen Einstellung, dass sie an der Zukunft unseres Volkes nicht interessiert ist.

Wahlfreiheit und partnerschaftliche Ehe

Dem stand die traditionelle Einstellung zur Familie entgegen, die in der bundesdeutschen Gesellschaft länger als in vielen anderen europäischen Ländern bei der Beziehung zwischen Ehemann und Ehefrau von der bürgerlichen Rollenzuschreibung als väterlichem Ernährer und mütterlicher Erzieherin ausging. In der katholischen Kirche wurde dieses sozial und geschichtlich begrenzte Familienmodell weithin mit dem christlichem Fa-

milienideal gleichgesetzt. Überdies wurde – und auch dies im Unterschied zu anderen europäischen Ländern – Familie als eine ausschließlich private Angelegenheit betrachtet, welche die Öffentlichkeit nichts anzugehen habe. Mit der Begründung, die Entscheidungsfreiheit der Eltern müsse gewahrt werden, konzentrierte man sich ganz auf die finanzielle Förderung von Eltern und Kindern, wohingegen ergänzende Betreuungs- und Erziehungsangebote manchem als sozialistisches Teufelszeug galten. An der Tatsache, dass, wie bei dem wachsenden Bildungsinteresse und Bildungserfolg der Mädchen und jungen Frauen nicht anders zu erwarten, die Mehrheit der Frauen heute Mutterschaft und Beruf verbinden wollen, ging eine solche Familienpolitik glatt vorbei. Denn ohne ergänzende Strukturen gibt es in Wahrheit keine Wahlfreiheit für die Frauen. Allerdings erfordert die reale Wahlfreiheit auch eine partnerschaftliche Ehe, in der die Frauen nicht doppelt belastet sind, sondern die Männer zu ihren Vaterpflichten stehen.

Über Wahlprogramme hinaus

So gegensätzlich diese Einstellungen zur Familie auch sind, so wirken doch beide faktisch dem Wunsch nach Kindern entgegen. Beide tragen also ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die herannahende demographische Katastrophe, die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere sozialen Sicherungssysteme untergräbt. Daher ist es ein Grund zur Hoffnung, dass in den Medien und in den politischen Parteien, wenn auch gegen erheblichen Widerstand, ein Umdenken in der öffentlichen Sicht der Familie eingesetzt hat. Umso enttäuschender ist es, dass dies in den Wahlprogrammen kaum Niederschlag findet. Gewiss ist in der Gegenwart die Arbeitslosigkeit die wichtigste Herausforderung. Wenn Deutschland jedoch eine Zukunft haben soll, dann müssen die Förderung der Familie und die umfassende Bildung der jungen Generation die zentralen öffentlichen Aufgaben sein. Diese Einsicht muss künftig das politische Handeln bestimmen, was auch immer in Wahlprogrammen geschrieben wird.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK

Passenden Schlüssel prägen

Bildungspolitik als vorausschauende Sozialpolitik

"Schlüssel zur Welt" müsse die Schule sein, das haben die Bildungstheoretiker schon im 19. Jahrhundert gefordert. Aber sie wussten schon damals, dass Kinder und Jugendliche immer wieder einen Schlüssel in der Hand halten, mit dem sich kein Tor zur Welt öffnen lässt, weil Bildung und Ausbildung es nicht geschafft haben, den passenden Schlüssel zu prägen. Heute wissen wir genauer, wo wir etwas falsch machen und wo Kinder und Jugendliche zu Opfern werden.

Schwachstellen

Da sind die Kinder, die in Familien aufwachsen, in denen sie praktisch keine Sprache lernen, weil im Elternhaus zu wenig gesprochen, gespielt, vorgelesen, kreativ geübt wird. Weil die Sprache eine Schlüsselkompetenz für alles ist, verpassen diese Kinder die entscheidende Grundlage ihrer Bildung. Da sind die Kindertagesstätten, in denen der sich entfaltende Drang der Kinder, neue Erfahrungen zu machen, auszuprobieren und so zu lernen mit zu einfachem Spiel abgespeist wird, die Grundschule, in der nicht erkannt wird, welche Störungen und Lernschwächen den normalen Fortschritt eines Kindes hindern. Da ist die überregulierte deutsche Schule, in der alle Beteiligten keine Lust verspüren, sie gemeinsam und kreativ zu gestalten, weil sie meinen, dafür keine Vorschriften zu besitzen. Und da ist die Ausbildung, die zur Sackgasse wird, weil auf sie nicht aufgebaut werden kann.

Nur einige Beispiele für Schwachstellen unserer Bildung und Ausbildung, die wir heute genau kennen. Sie haben alle dieselben fatalen Folgen, dass sie Menschen Chancen für ihr Leben rauben. Und weil wir diese Schwachstellen unserer Bildung ziemlich genau kennen, kommt es darauf an, undogmatisch aber zugleich präzise an all diesen Stellen um Reformen zu streiten.

Neue soziale Frage

Die neue soziale Frage war vor einigen Jahren ein neuer Akzent in der Sozialpolitik, der nach einzelnen Menschen und Gruppen suchte, die in Not geraten. Die neue Bildungspolitik streitet weniger

um Strukturen, Bildungsgesamtpläne oder Schulverfassungen. Sie versucht, alle Schwachstellen unseres Bildungssystems aufzuspüren, um die Probleme und letztlich die Opfer zu finden. Ihr Ziel ist es, die Arbeit für Kinder und Jugendliche unmittelbar zu verbessern durch genau angemessene neue Konzepte, neue eigene Verantwortung, Qualifizierung des Personals und genaue Überprüfung der Ergebnisse. Wenn es uns nicht gelingt, Bildung und Bildungspolitik so ganz individuell und auf jeden einzelnen zugeschnitten zu gestalten, versagt die Bildungspolitik und gibt die Arbeit unerfüllt ab an die Sozialpolitiker, die nur noch Reparaturen zu leisten haben. So wenig die Schuldfrage für das Scheitern der Bildung bei jedem einzelnen Menschen zu klären ist, so verheerend ist das Ergebnis für das ganze persönliche Leben. Wenn nicht mehr repariert werden kann, was auf Bildungswegen versäumt wurde, muss die Gemeinschaft nur noch die Kosten dafür übernehmen. Darum ist kluge Bildungspolitik zugleich eine vorausschauende Sozialpolitik und zugleich die aktive und sachgerechte Seite einer solidarischen Leistungsgesellschaft.

Integration und Innovationskraft

Bildung, wenn sie gelingt, weil die Rahmenbedingungen stimmen und jeder Einzelne seines persönlichen Glückes Schmied wird, leistet mehr als einen persönlichen Lebensweg zu eröffnen. Solche gelungene Bildung ist auch die entscheidende Grundlage für die Integration in eine Gesellschaft. In den Schulen begegnen sich Menschen vieler Kulturen. Darum kann Schule und kann gute Bildung und Reifung einen entscheidenden Dienst leisten, Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen zusammenzuführen.

Und schließlich entscheidet erfolgreiche Bildung über das Maß an Innovationskraft eines Landes. In unseren Schulen und in der Ausbildung wird nicht nur darüber entschieden, welches Forschungspotential demnächst in unserem Land entfaltet wird, sondern auch, welches Maß und welche Bereitschaft zu Veränderungen und Erneuerung wir alle besitzen. Gerade die älter werdende Gesellschaft braucht solche Korrekturen von ihren Kindern. Immer mehr spricht es sich herum, dass von erfolgreicher Bildung und Bildungspolitik viel mehr in unserem Land abhängt, als wir wahrhaben und oft auch finanzieren wollen.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Vizepräsident des ZdK

Hotel Mama und Papas Scheckheft

Studienbeiträge verändern nicht nur die Finanzlage der Hochschulen

Unter der Überschrift "Gerechtigkeit für Familien" legte der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen 2001 ein „Generationenkonzept des Familienlastenausgleichs" vor: Alle Elemente von Familienpolitik sollten als Teil eines Austauschprozesses, der lebenslang zwischen den Generationen stattfindet, so weiter entwickelt werden, dass die Verantwortung jeder Generation für das eigene Leben gestärkt wird. Die Diskussion um die Gestaltung von Studiengebühren verhilft diesem Ansatz zu neuer Aktualität.

Wie hoch sollen Studiengebühren bemessen sein? Wie und wann sollen sie gezahlt werden? Wie werden soziale Gesichtspunkte berücksichtigt und Leistungsanreize optimiert? Das sind einige der Fragen, die in der aktuellen Diskussion um die Einführung von Studienbeiträgen zu beantworten sind. Dabei scheint sich abzuzeichnen, dass "nachgelagerte Studiengebühren" favorisiert werden. Abiturienten sollen nicht dadurch vom Studium abgehalten werden, dass ihre Eltern die Finanzierung der Studiengebühren nicht ermöglichen können, so die Argumentation, die die klaren Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 26. Januar 2005 aufgreift.

Gebührenmodell

Nachgelagerte Studiengebühren führen dazu, dass die Finanzsituation der Herkunftsfamilie für die Finanzierbarkeit der Studienbeiträge nachrangig wird – sie werden auf diesem Wege zu Gebühren, die tatsächlich von den Studierenden selbst zu tragen sind. Bei Studiengebühren, die studienbegleitend fällig werden, sind faktisch (und zumindest beim Erststudium auch rechtlich) die Eltern Gebührenschuldner der Universität.

Die Orientierung an der Erstausbildung führt zu sehr unterschiedlichen Belastungen für die Eltern: Entscheidet sich ein Kind nach der 10. Klasse für eine Berufsausbildung, tragen die Lehrlingsentgelte dazu bei, dass es seinen Lebensunterhalt bereits mit 16 Jahren teilweise selbst finanziert. Entscheidet sich das Kind, nach dem Abitur zu studieren, sind die Eltern bis zum Abschluss des Erststudiums verpflichtet, den Unterhalt ihrer Kinder zu bestreiten. Diese Unterhaltszahlungen

belaufen sich nach Berechnungen des Familienbeirats auf ca. 18.000 Euro je Hochschulabsolvent.

Ungleiche Belastung

Auf diese Beobachtungen stützte der Beirat seine eingangs zitierte Schlussfolgerung: Erforderlich ist ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik, der alle Elemente von Familienpolitik als Teil eines Austauschprozesses zwischen den Generationen betrachtet und die Eigenverantwortung stärkt. Unter diesem Blickwinkel hängen Rentenreformen und Reformen der Bildungsfinanzierung eng zusammen, da in beiden Fällen die Frage zu beantworten ist, welche Generation (wann) welche Kosten tragen soll. Es geht um eine nachhaltige Balance der lebensbegleitenden sozialen Absicherung: In der Kindheits- und Jugendphase benötigen junge Menschen Hilfen, um Humankapital aufbauen zu können, die ihre Eltern aus ihrem Einkommen ökonomisch gesehen als "Kredite" bereitstellen. Mit dem Eintritt in die Erwerbsarbeit kann die junge Generation diese Kredite aus ihrem eigenen Einkommen tilgen. Bezüglich der Bildungs"kredite" wie auch bezüglich der Rentenzahlungen haben wir es uns in den letzten 50 Jahren geleistet, den intergenerativen Kreditrahmen innerhalb des Generationenvertrages immer stärker auszudehnen: die inaktiven Phasen wurden immer länger, die Eigenverantwortung jeder Generation für die inaktiven Phasen in der eigenen Biographie zulasten einer immer größeren Verantwortung der aktiven Generation für die jeweils Jungen und Alten reduziert.

Elterngeneration überfordert

Junge Studierende haben sich in Deutschland im "Hotel Mama" gemütlich eingerichtet, sie schieben das Erwachsenwerden hinaus. Sie finanzieren ihr Studium mit Papas Scheckheft - mit erheblichen Konsequenzen auch für den Zeitpunkt der eigenen Familiengründung. Manches deutet darauf hin, dass mit diesen Entwicklungen die Solidarität der Elterngeneration überfordert wurde – wer seine Kinder bis zu 30 Jahre lang "durchfüttern" muss, überlegt sich gut, wie viele Kinder er sich zulegt. Abnehmende Geburtenraten und die im internationalen Vergleich eher niedrigen Studierendenquoten weisen darauf hin, dass der Generationenvertrag unter diesen Bedingungen nicht zukunftsträchtig ist. Nachgelagerte Studiengebühren setzen einen Akzent: Sie betonen - neben der öffentlichen - die Verantwortung der Studierenden selbst (nicht ihrer Eltern) für die Studienfinanzierung!

Eva M. Welskop-Deffaa, Referentin für Wirtschaft und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK

Weiter für ein starkes und vereintes Europa

Französische Katholiken nach dem Referendum

Das "Nein" der Franzosen zum Verfassungsentwurf für die Europäische Union hat den Prozess der Einigung Europas erschüttert. Jean-Marie Brunot, Vizepräsident der Semaines Sociales de France und Mitglied in der Programmkommission des Saarbrücker Katholikentags analysiert das "Nein" seiner Landsleute und bekräftigt seine Hoffnungen für ein geeintes Europa.

Warum hat das "Nein" beim Referendum in Frankreich den Sieg davongetragen? Bevor ich einige der Gründe, die nach meiner Einschätzung zu diesem Resultat geführt haben, benenne, möchte ich vier Vorbemerkungen machen.

Zwischen mangelndem Bewusstsein und starken Emotionen

Die erste konstituiert eine Art Bilduntergrund für alles, was sich abgespielt hat: das Fehlen eines europäischen Bewusstseins und einer europäischen Überzeugung in der Öffentlichkeit der verschiedenen Länder unseres Kontinents. Es ist "dieses Gefühl der Ernüchterung, das in den europäischen Völkern um sich greift", worauf der Präsident des ZdK, Hans Joachim Meyer, und der damalige Präsident der Semaines Sociales de France, Jean Boissonnat in ihrem "Europäischen Manifest" vom Mai 2000 aufmerksam gemacht haben.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Zweideutigkeit zahlreicher Begriffe, die in der extrem intensiven Medienkampagne vor dem Referendum im Umlauf waren. Das treffendste Beispiel ist das Wort "Liberalismus", ein vager Begriff, der für die einen das der individuellen und kollektiven Freiheit am besten entsprechende sozio-ökonomische System bezeichnet, für die anderen einen Vektor von Betriebsverlagerungen, Sozialdumping und systematischem Sozialabbau darstellt.

Mit meiner dritten Bemerkung möchte ich die Leidenschaftlichkeit, mit der die öffentliche Auseinandersetzung geführt wurde, hervorheben. Überraschende Spaltungen nicht nur innerhalb der Parteien, sondern auch innerhalb gesell-

schaftlicher und religiöser Strukturen einschließlich der Familien sind dabei zum Vorschein gekommen. In diesem Klima erhielt jedes Ereignis, jede Wendung der Kampagne einen überdimensionierten symbolischen Wert.

Meine letzte Bemerkung betrifft die Art der Konsultation, die ein Referendum darstellt. Das ist eine schwierige Kunst; häufig antwortet der Wähler nicht auf die gestellte Frage, sondern bringt seinen Unmut über etwas ganz Anderes zum Ausdruck.

Unzufriedenheit und unglückliche Koalitionen

Diese allgemeinen Bemerkungen machen es nicht leichter, die genauen Gründe des "Nein" aufzulisten. Die wichtigsten sind:

Eine in der Bevölkerung weit verbreitete tiefe Unzufriedenheit mit der politischen Klasse, und dies in einem schwierigen sozialen Kontext, der gekennzeichnet ist durch hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen, fortschreitende soziale Exklusion, nicht gehaltene Wahlversprechen von Präsident Chirac, Erschöpfung der Regierung Raffarin usw.. Von daher ein Wille, mit dem "Nein" zum Ausdruck zu bringen, dass man "die Nase voll" hat.

Ein Informationsdefizit, was die Entwicklung der europäischen Einigung betrifft: Weder die Politiker noch die Medien sind in den vergangenen Jahren ihrer Informations- und Erklärungspflicht auf diesem Gebiet nachgekommen. Sie haben sich darauf beschränkt, mit dem Finger auf Brüssel zu zeigen und auf die Mängel hinzuweisen.

Eine bunt zusammen gewürfelte Koalition führender Politiker, die die Gelegenheit, sich in Szene zu setzen, beim Schopf ergriffen und auf demagogische Art und Weise bestimmte, Wirkung versprechende Fakten - zum Beispiel die Richtlinie Bolkestein und die Drohung mit dem "polnischen Klemmer" - ausnutzten oder Ungeschicklichkeiten wie die von Jacques Delors, der von der Existenz eines Planes "B" sprach, der im Fall eines Scheiterns des Referendums zur Anwendung käme. In dieser merkwürdigen Koalition fanden sich Leute zusammen wie Laurent Fabius, Nummer 2 der Sozialistischen Partei, und Marie-Georges Buffet von den Kommunisten wie auch die äußersten Ränder der nationalistischen Rechte und der revolutionären Linke.

Berechtigtere Befürchtungen einer Reihe von Wortführern des "Nein" und einer Gruppe nach-

denklicherer Wähler, die in dem Verfassungsprojekt den Ausdruck einer für die Zukunft der europäischen Gesellschaft gefährlichen liberalen Vision erblickten. Die edlen Motive dieses Personenkreises, zu dem auch ein Teil der Katholiken zu zählen ist, stehen außer Zweifel; ebenso aber auch ihre Uninformiertheit und Naivität. Mehrere Elemente des Vertrages empfand man als eine ernste Bedrohung: die wiederholte Absicht, einen Binnenmarkt zu schaffen, in dem der Wettbewerb "frei und unverfälscht" ist, der Begriff "Einrichtungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse", statt "öffentliche Einrichtungen", das gestiegene Risiko von Produktionsverlagerungen in einem Kontext wilder Globalisierung usw. Diese Wortführer des "Nein" zeigten sich öffentlich davon überzeugt, dass eine Neuverhandlung des Projektes möglich sei und dessen Geist im Sinne von "weniger liberal und mehr sozial" verändern würde. Welche Illusion!

Die Überzeugung, die Annahme des Vertragprojektes würde die Erweiterung der Union beschleunigen, eine Erweiterung, deren gute Gründe man schlecht versteht. Damit amalgamierte bei vielen die Perspektive eines möglichen Beitritts der Türkei. Diese Position ging bei jenen Franzosen, die eine Preisgabe nationaler und staatlicher Souveränität befürchten, oft mit einer Art von patriotischem "Sich-in-die-Brust-Werfen" einher, so dass die Entscheidung, mit Nein zu stimmen als ein Akt des Widerstandes erschien.

Das "Ja" der Semaines Sociales de France

Ein Zeugnis von Mut und Weitsicht konnte aber auch die ausdrückliche Zustimmung zu einem vor 50 Jahren auf den Weg gebrachten ehrgeizigen Projekt darstellen, dessen bemerkenswerte Erfolge nicht immer genügend in den Vordergrund gerückt werden! Auf der Grundlage dieser Überzeugung veröffentlichte Michel Camdessus am 9. Mai im Namen der Semaines Sociales einen Aufruf: Ja zu sagen zu einem "neuen Europa", Keim einer wirklichen politischen Gemeinschaft, "die fähig ist, den Frieden mitzugestalten, den Dialog der Kulturen und Religionen ins Leben umzusetzen und einen Weg echter Entwicklung in sozialer Gerechtigkeit internationaler Solidarität und in Achtung der Rechte künftiger Generationen ausfindig zu machen.

Selbstverständlich waren wir uns der Mängel des Verfassungsprojektes bewusst: Aber mehrere

Punkte schienen uns die Zustimmung nach sich ziehen zu müssen: die Einbeziehung der Grundrechtecharta in den Text, die in der Präambel niedergelegten zentrale Werte, die Anerkennung der religiösen Wurzeln Europas und des spezifischen Beitrags der Kirchen, die Bekräftigung des Vorrangs der Menschenwürde, der Verantwortung und Solidarität der Union gegenüber der Welt. Alle diese Elemente veranlassten Michel Camdessus zu der starken Formulierung: "Für uns von unserer gesellschaftlichen Verantwortung überzeugte Christen wäre die Ablehnung des Vertrages eine Form der Desertion".

Der negative Ausgang der Referenden in Frankreich und Holland hat uns selbstverständlich enttäuscht. Leidenschaftlich engagiert für die europäischen Perspektiven, an die wir seit mehreren Jahrzehnten glaubten, haben wir den Mangel an Sensibilisierung und Begeisterung gerade bei den Jugendlichen unterschätzt. Wir waren umso mehr enttäuscht, als der europäische Erfolg des Treffens von Lille die Entstehung einer europäischen Dynamik erwarten ließ, die über unsere Kreise hinausgehen würde.

Den Diskurs mit europäischen Partnern fortsetzen

Und jetzt? Wir sind fest entschlossen, unsere Bemühungen für ein starkes und vereintes Europa zusammen mit unseren europäischen Partnern, insbesondere dem ZdK, fortzusetzen. Wir werden die Entwicklung der europäischen Institutionen weiter aufmerksam verfolgen und dabei, so gut wie möglich, unsere Stimme zu Gehör bringen. Wir wollen mit Bescheidenheit aber auch mit Hartnäckigkeit damit fortfahren, Europäer aus allen Ländern unseres Kontinents in einem Netzwerk zusammenzuführen, damit sie sich besser kennen lernen und sich besser bewusst machen können, was sie eint und was sie mitunter trennt. Im Jahr 2006 werden der Katholikentag und das Jahrestreffen der Semaines Sociales de France dasselbe Thema aufgreifen, nämlich das Thema der sozialen Gerechtigkeit. Das ist ein bedeutsames Zeichen der brüderlichen Zusammenarbeit, die wir im Dienst Europas, fortsetzen wollen.

Jean-Marie Brunot, Vizepräsident der Semaines Sociales de France, Mitglied in der Programmkommission des Saarbrücker Katholikentags

Orten der Gerechtigkeit auf der Spur

Ein Werkstattbericht aus dem Themenbereich I

In dem Motto des Katholikentags wird ein Ort markiert: ‚Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht‘. Die Gerechtigkeit, um deren gesellschaftliche Öffentlichkeit es dem Katholikentag geht, ist vor Gott zu finden und zugleich sind die Vorstellungen über Gerechtigkeit, die der Katholikentag aus dem Glauben heraus für die Zivilgesellschaft erarbeitet, auch vor seinem Angesicht zu rechtfertigen.

Prof. Sander, Vorsitzender des Arbeitskreises I: Gerechtigkeit – Schlüsselbegriff biblischer Theologie gibt Einblick in die thematische Erarbeitung.

Der Ort im Katholikentagsmotto stellt eine Ermutigung des Glaubens dar und hält zugleich eine Konfrontation auch für die Gläubigen bereit. Er ermutigt dazu, sich den Ungerechtigkeiten zu stellen, die es heute gibt und die den Charakter von Zeichen der Zeit angenommen haben. Er macht aber auch klar, dass Selbstgerechtigkeit keine Chance hat, vor Gott zu bestehen. Weder darf die Gerechtigkeit, für die der Katholikentag eintritt, den Opfern ausweichen, die unter gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten leiden, noch darf die Täterschaft verschwiegen werden, die nicht nur, aber eben auch unter Christen selbstgerecht auftritt. Für das erste präsentiert der Ort im Katholikentagsmotto den Beistand Gottes und für das zweite leuchtet an ihm Gottes Unbestechlichkeit auf. Das Katholikentagsmotto enthält deshalb eine Zumutung im doppelten Sinn des Wortes. In der Differenz dieser Zumutung kann der Katholikentag Christus ins Angesicht schauen.

Das topologische Entwicklungskonzept

Der Themenbereich I Gerechtigkeit – Schlüsselbegriff biblischer Theologie steht im Rahmen dieser Zumutung und ist dem biblischen Gehalt des Katholikentagsmottos besonders verpflichtet. Der Arbeitskreis ist nach einem topologischen Konzept vorgegangen, um beidem gerecht zu werden. Die Vorschläge, die wir bisher für die Veranstaltungen erarbeitet haben, wurden auf Orte hin oder von Orten her konzipiert. Dabei hatten wir drei Klassen von Orten im Blick: Orte,

in denen sich heutige Gerechtigkeitsfragen stellen, Orte, an denen in der Bibel Gerechtigkeit verhandelt wird und schließlich Orte, an denen die christliche Rede von Gott dem Zusammenhang von biblischer Gerechtigkeit, heutigen Ungerechtigkeiten und den Problemen mit gegenwärtigen Selbstgerechtigkeiten nicht ausweichen kann.

Wir haben versucht, den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Gott mit biblisch einschlägigen Themen sichtbar zu machen, die zugleich einen signifikanten Charakter für das Problem der Gerechtigkeit in Gesellschaft, Politik, Religion, Kirche und unter Personen haben können. Diese Themen stellen sich auf dem Boden der Konstellationen, die sich durch die Orte ziehen oder die von den Orten geprägt werden, die wir in den Blick genommen haben.

Bei einem topologischen Konzept muss man sich fragen, welche Art der Verortung eigentlich dem Glauben an die Gerechtigkeit vor dem Angesicht Gottes entspricht. Sie kann ja weder mit den gegenwärtigen Orten identisch sein, weil Glaubensaussagen stets eine Differenz zu den Größen der eigenen Zeit halten. Zugleich kann die Glaubensdarstellung keine solche Distanz zu den heutigen Menschen aufbauen, dass sie in ihrer Gegenwart keine Bedeutung mehr haben kann. Schließlich geht es um nicht weniger als die Lebenskraft des Glaubens. Glaubensaussagen und Lebensorte heutiger Menschen dürfen nicht vermischt werden, aber sind auch nicht zu trennen.

Suche nach dem Anders-Ort

Deshalb haben wir nach einer Perspektive gesucht, die diese Wechselseitigkeit zum Ausdruck bringen kann. Der jeweilige Ort des christlichen Glaubens wird in unseren Vorschlägen darum auch nicht als eine Utopie eingeführt, also als ein Nicht-Ort, sondern als Heterotopie, also als Anders-Ort. Der Glaube hat keinen Ort, den es gar nicht oder noch gar nicht gibt; er markiert vielmehr eine Größe, die eine heilvolle und befreiende Alternative zu dem aufweist, was es hier und heute schon gibt und was Menschen im Griff hat. Er bezieht sich deshalb auf das, was Menschen an Freude und Hoffnung, aber auch an Trauer und Angst umtreibt, und gibt ihnen - und darunter besonders den Armen und Bedrängten aller Art – eine Lebensperspektive über das hinaus, was sie im Griff hat (vgl. die Eröffnung der Pastorkonstitution *Gaudium et spes*).

Die Konzeption, den Ort des Glaubens unter den Menschen von heute in Heterotopien zu suchen, ist nicht die Erfindung unseres Arbeitskreises; sie stammt auch gar nicht aus der Theologie. Wir greifen dabei einen intellektuellen Diskurs auf, mit dem in der jüngeren Vergangenheit und in der Gegenwart versucht wird, den tiefgreifenden Wandel zu beschreiben, den die Menschen seit einiger Zeit weltweit erfahren und der sie in eine bisher nicht wirklich bewältigte Pluralität hineinstellt. Mit dem Begriff der Heterotopie hat der französische Philosoph Michel Foucault (+ 1984) Größen bezeichnet wie Friedhöfe und Gärten, Bibliotheken und Bordelle, Theater und Kolonien. An solchen Orten herrscht jeweils eine andere Ordnung der Dinge als in den bestimmenden und vorherrschenden Diskursen im gesellschaftlichen, politischen, kulturellen Alltag. Solche Orte offenbaren machtvolle Größen, welche in der normalen Ordnung des Diskurses mit Ausschließungen belegt sind – Tod, Hegen natürlicher Kreisläufe, noch nicht beachtete Ideen, verschwiegene Sexualität, phantastische Szenen, ganz andere Gesellschaftsordnungen.

In der europäischen Moderne war das Instrument schlechthin, um Heterotopien zu erreichen, das Schiff; für die globalisierte Nachmoderne ist es vielleicht das Raumschiff. Heterotopien beschreiben keine Welt jenseits dieser Welt, sondern Orte, die sich in Differenz zu den jeweils selbstverständlichen Ordnungen der Dinge in den Diskursen der hiesigen Welt setzen. Diese Konzeption ist keine primär theologische Idee, sie entspringt philosophischen Analysen. In der Bibel finden sich gleichwohl viele Geschichten, die heterotopisch ausgestaltet sind. Sie arbeitet häufig mit Heterotopien wie der Arche Noah und der Krippe Jesu, dem Exil und den Missionsreisen, dem Tempel und dem Kreuz, der blühenden Wüste und dem leeren Grab.

Themenvorschläge

Auf der Basis dieser Grammatik hat unser Arbeitskreis nach Themen für Hauptpodien und Hauptvorträgen gesucht. Unter anderem schlagen wir ein Podium vor: "Ein Haupt voll Blut und Wunden. Gerechtigkeit im Gekreuzigten". Der Ort, von dem es ausgeht, ist das Kreuz und die heterotopische Dimension zeigt sich darin, dass hier eine körperliche Ohnmacht nicht versteckt wird. In der Anziehungskraft des verstorbenen

Johannes Paul II. ist diese Heterotopie sichtbar geworden, aber auch in dem umstrittenen Jesus-Film von Mel Gibson.

Ein anderes greift die Wahlurne als Ort auf, von dem her sich fragen lässt: "Krieg – Macht – Frieden?" Die biblische Friedensbotschaft steht als ein Heterotopos im Raum der Politik. Das Thema "Die Geknickten und die Glimmenden. Die Kirche mitten am Rand" zielt darauf, dass die Kirchen immer noch an Marktplätzen stehen. Es bringt diejenigen, die sie aufsuchen, mit denen ins Spiel, die darin keinen Ort für sich mehr erkennen können. Aber beiden will der Gott der Bibel gerecht werden, der weder das geknickte Rohr zerbricht, noch den glimmenden Docht auslöscht.

"Der Brunnen – Quell des Lebens und Ort der Gewalt" verweist auf die markanten biblischen Brunnengeschichten, aber auch darauf, wie gefährlich das alltägliche Wasserholen in Bürgerkriegen sein kann und wie zerstörerisch der Vorwurf der Brunnenvergiftung sich für das Verhältnis von Christen und Juden ausgewirkt hat.

Mit "Geld – macht – Kirche?" schlagen wir vor, nach der Verteilungsgerechtigkeit im Volk Gottes zu fragen; das Gleichnis vom Weinberg des Herrn tritt dabei als Heterotopos in die Diskussion, die in der Kirche um die unumgänglichen Sparpläne geführt wird. Bei den Hauptvorträgen wird das Katholikentagsmotto selbst behandelt werden; als Orte böten sich die Metropole oder das Fernsehstudio an, an denen die Gerechtigkeitsfrage virulent wird.

Bei einem weiteren Thema "Gottes Angesicht suchen" könnte der Gottesberg als ein Anders-Ort für die Gerechtigkeit unter Menschen zur Sprache kommen.

Unsere Vorschläge haben noch Werkstattcharakter und bedürfen weiterer Feinarbeiten. Aber wir erleben es in unserem Arbeitskreis als ausgesprochen spannend, Verbindungen zwischen der Gerechtigkeit, die vor Gottes Angesicht wartet, und den Orten zu suchen, an denen sie unter uns so notwendig ist.

Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Sander, Ordinarius für Dogmatische Theologie an der Universität Salzburg, Vorsitzender des Arbeitskreises Themenbereich I: Gerechtigkeit – Schlüsselbegriff biblischer Theologie

Öffentlich – Rechtlich i.R.?

Positionsbestimmung in Zeiten fundamentaler Umbrüche in den Medien

Digitales Fernsehen, TV on demand, also Fernsehen nach persönlichem, zeitlichem Geschmack, Festplattenspeicher, welche Fernsehanfangszeiten zu einer beliebigen Größe machen. Juristischer Streit um die neue Speichertechnik für Spielfilme und anderes in Videorecordern der nächsten Generation: die Aufnahmetechnik erlaubt das Ausblenden der Werbung. Digitales Radio und sinkender Zeitungskonsum stellen alle Hersteller und Händler von Informationen vor große Herausforderungen. Nach der ersten tief greifenden Veränderung in Deutschland durch die Einführung des Privatfernsehens vor zwanzig Jahren steht uns eine zweite Revolution bevor.

Mit den zwei zentralen privaten Fernsehanbietern auf dem deutschen Markt, Bertelsmann und Springer wird der Verdrängungswettbewerb gegen die zwei öffentlich-rechtlichen Systeme (Ö-R) in eine neue Runde gehen. Im Zangengriff der privatisierungsgläubigen Brüsseler Wettbewerbshüter der Europäischen Union und den populistischen Neigungen von 16 Landesparlamenten in Deutschland kommt die Schleichwerbungsaffäre in den beiden Anstalten zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

Abgrenzungsprobleme

In Brüssel sorgen die Lobbyisten für das Privatfernsehen mit immer neuen Eingaben und Beschwerden über angeblich unangemessene Aktivitäten der Öffentlich-Rechtlichen aus allen 25 Mitgliedsländern für Druck. Unangemessen finden die privaten Interessenten, mittlerweile vor allem aus dem Norden angestachelt, unter anderem den Videotext in großem Umfang, die Internet-Auftritte der Ö-R generell, digitale Zusatzkanäle, die aus Wiederholungen konzentrierter Informations – oder Kulturbeiträge bestehen, aus Effizienzgründen ausgesourcte Produktions- und Vermarktungskapazitäten und vieles andere mehr. Neue Abgrenzungsprobleme tauchen dabei auf, zum Beispiel, wie definiert man künftig Fernsehen, wenn vieles auch übers Internet und teilweise nur übers Internet verbreitet wird? Welche Bedeutung haben dann noch alte Marksteine der Rechtsprechung wie "Grundversorgung"?

Medien als Markproblem

Die Brüsseler Kommission soll die Grenzen möglichst eng ziehen, so der Druck von Gruppen, die Information ausschließlich unter Vermarktungsgesichtspunkten sehen. Neu bei diesen Gruppen sind alle jene privatisierten Telekom-Unternehmen, die auf den Markt mit den bewegten Bildern wollen. Jüngstes Beispiel die Telekom Deutschland, die nach Schluss des Kinderkanals abends um 21:00 auf der gleichen Frequenz ein Ratespiel etablieren will. Werbung und Telefongebühren zusammen gesehen ermöglichen eine nette, lukrative Geschäftsidee. Die 16 Länderparlamente neigen zu populistischer Entscheidung, hören bei der Gebührenerhöhung eher auf die fetten Schlagzeilen der Zeitungskampagnen, als auf die Argumente der von den Ministerpräsidenten selbst eingesetzten Experten der KEF-Gruppe, die an Fakten orientierte Vorschläge zur Gebührenanpassung macht. Selbstverständlich vergisst die eine oder andere Zeitung zu erwähnen, welche Interessen zusätzlich hinter ihrer Attacke gegen den "öffentlich-rechtlichen Selbstbedienungsladen" stehen, in welchem Konzernkontext sie den Angriff führt. Cross-Promotion in ihrer schönsten Form, nicht verboten von den Kartellbehörden fand man schon vor dem jüngsten Kauf der Mehrheit bei Pro Sieben/Sat1/NTV durch die Springer AG.

Geschwächte "Grundversorgung"

In diese Situation platzt im Frühsommer ein Skandal nach dem anderen, erst die Sportbestechungsaffäre, dann gezielte Zahlungen in Serien zur Produktwerbung. Personen wurden in Verantwortung genommen und gefeuert, vorbehaltlich der arbeitsrechtlichen Prüfung im jeweiligen Falle.

Aber herrschte schon vorher immer ein Gefühl, die Öffentlich-Rechtlichen seien eine Anstalt für clevere Angestellte, wo man leicht den schnellen Euro machen könne, so scheint sich jetzt gar der Eindruck zu verbreiten, bestimmte Teile des Ö-R seien schlicht käuflich.

Glaubwürdigkeit geht dabei verloren, die in der Auseinandersetzung um die künftigen Runden in Sachen Gebührenerhöhung dringend benötigt werden wird. Die Argumentation entlang den vergangenen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die Ö-R seien für die rundfunk- und fernsehgemäße Grundversorgung zuständig, deshalb verdienen sie einen Bestandschutz, auch wenn das alte Argument der knappen Frequenzen für die Existenzberechtigung nicht mehr steche, dieses Argument

wiegt weniger, wenn man vorher nachweislich durch pure Geldflüsse beeinflussbar war, zumindest solche Einflüsse nicht verhindern konnte.

Grundversorgung das hieß und heißt bisher, ein umfassendes Informationsangebot solle durch die Ö-R sicher gestellt werden, das dem mündigen Bürger ermöglicht, sich in breiter Weise über den Alltag, seine Politik und die Politiker, die Wirtschaft, die Wissenschaft und sogar die Kirchen zu informieren. Diesem Anspruch zu genügen sei weniger als das, womit die Ö-R heute auf dem Markt gegen die privaten Vollprogramme konkurrieren, klagen die Privaten. Fordern dann aber in einem Atemzug, die neun dritten Programme, die zur regionalen Identität eine Menge beitragen seien einzustellen, mindestens aber zu beschränken.

Nach mehreren missglückten Experimenten mit regionalen Fernsehsendern in u.a. Berlin, München, Hamburg wollen sie freie Bahn für ihre Art regionaler Investition. Man kann gewiss darüber streiten, ob alle Regionalisierungsschritte der letzten Jahre bei den Öffentlich-rechtlichen Sendern wirklich sinnvoll und nötig waren, im Sinne des oben erwähnten Auftrags, sie haben eine Menge Geld gekostet und Personal in Positionen gebracht, die man nun nicht von heute auf morgen los werden kann. Aber eine Verschlankung wird in den kommenden Jahren wohl unausweichlich werden.

Fremdeinflüsse

Gehört zur Grundversorgung der Zukunft noch die Popwelle mit Rock, Rap, Hip Hop und sonstiger aktueller Musik? Sicher nicht. Reine Musikabspielstationen sind keine Frage der Grundversorgung. Aber: Unterlässt man es, Jugendliche in deren prägenden Jahren für eine Medium wie das Ö-R anzusprechen, so verliert man sie möglicherweise als Kunden der Zukunft. Die Quote, Zuschauer oder Zuhörer ist gefährdet. Die Quote, also der Anteil der Zuschauer zu einem jeweils definierten Zeitraum, diktiert den Preis der Werbung für die Industrie, die Quote droht daher auch, den Programminhalt zu definieren, damit möglichst viel Zuschaueranteil im jeweiligen Programm zu Buche schlägt. Zwar ist traditionell bei den Ö-R in Deutschland um 20:00 Werbeabschluss. Aber viele Sendungen werden mittlerweile in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit ... vorgestellt. Legt man in den qualitativ hochwertigen Zeitungen immer noch Wert auf saubere Trennung zwischen journalistischem Teil und der

Werbung, den Anzeigen, so droht spätestens durch den Product Placement Skandal diese Trennung im Fernsehen fraglich geworden zu sein. Über die Jahrzehnte hat man sich an den Einfluss der Politik schon gewöhnt. Dem mittelalterlich vertrauten „cuius regio, eius religio“ folgend wurden politische Personalentscheidungen in Spitzenpositionen getroffen. Proporz ist das Wort, was mittlerweile fast in Vergessenheit geraten zu sein scheint.

In den letzten Jahren macht sich eine vorsichtige Emanzipation gegen die Ausrechenbarkeit in den Anstalten breit. Nicht zuletzt in Deutschland gefördert durch die Konkurrenz der Informationssendungen im Privatfernsehen entsteht in der jüngeren Generation ein stärker sachorientierter, unabhängiger Journalismus in den Anstalten, der im Zeitungsgewerbe auf Grund des Zeitungssterbens der letzten Jahre im Rückzug scheint.

Konzentration auf Kerngeschäft

Die Glaubwürdigkeitskrise kann überwunden werden. Journalismus von sauberer Professionalität kann dazu beitragen, wie auch Aufsichtsgremien, auch kirchliche, die sich dem Allmachtsanspruch von Politik und Wirtschaft widersetzen.

Einfach wird das nicht. Aber es scheint mir den Schweiß der Edlen wert, im Sinne einer funktionierenden Demokratie in Deutschland. Erst sechzehn Jahre ist es her, dass Deutschland wieder vereint wurde. Erst in diesem Zusammenhang errang es seine Selbständigkeit zurück. Teile davon waren da schon wieder aufgegeben, aber freiwillig und vorwiegend, in der Europäischen Union. Dort treffen unterschiedliche Pressetraditionen, auch bei Rundfunk und Fernsehen aufeinander. Sie nun schlankweg über den Leisten der Marktwirtschaft für die Zukunft zu definieren kann nicht der allein bestimmende Weg sein, bei allen finanziellen Notlagen, in die der eine oder andere Privatsender in den vergangenen Jahren gekommen ist. Im Westen Deutschlands von den Alliierten nach britischem und us-amerikanischem Vorbild gegründeter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk wird auch unter geänderten Rahmenbedingungen in Zeiten der digitalen Grundversorgung und des Internets seine Berechtigung haben, wenn auch die Öffentlich-Rechtlichen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren: Information im weiteren Sinn.

*Klaus Prömpers, ZDF-Korrespondent in Wien,
medienpolitischer Sprecher des ZdK*

Ein starker Grund zur Hoffnung ZdK-Präsidium würdigt Weltjugendtag

Der Weltjugendtag in Köln hat eine Million junger Christinnen und Christen aus der ganzen Welt auf Einladung des Papstes zur Feier und zum Bekenntnis ihres christlichen Glaubens vereint. Im Mittelpunkt dieses großen und begeisternden Ereignisses stand Jesus Christus. Auf ihn deutete das biblische Leitwort: "Wir sind gekommen, um IHN anzubeten". Jesus Christus und seine Frohe Botschaft hat der Heilige Vater in den Mittelpunkt seiner Predigten gestellt. In Gott den Sinn und die Erfüllung des Lebens zu finden, hat Benedikt XVI. seine Zuhörer immer wieder eingeladen. In der Vielsprachigkeit seiner Predigten wurden die weltweite Gemeinschaft der Kirche und die von ihr gestiftete Einheit in der Vielfalt lebendig.

Der Weltjugendtag war ein neuer Höhepunkt in der langen Geschichte des Christentums in Europa und eine Ermutigung für die katholische Kirche in Deutschland. Die wieder erstarkende Kraft von Glauben und Religion, zu denen so viele in den letzten Jahrzehnten auf Distanz gegangen sind und die sie für überlebt hielten, wurde in diesem Ereignis zur überzeugenden Erfahrung. Dass gerade junge Menschen sich dem Glauben erwartungsvoll zuwenden, ist ein starker Grund zur Hoffnung für Europa und die Welt. Diese junge Kirche ist keine rückwärtsgewandte und weltflüchtige Kirche. Was das Zweite Vatikanische Konzil an neuem Aufbruch aus den Quellen des Glaubens in eine Welt der Freiheit gebracht hat, das ist diesen jungen Menschen selbstverständlich.

Der Weltjugendtag ist nicht zuletzt ein großer Erfolg all jener, die sich für seine Vorbereitung und Durchführung eingesetzt haben. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken dankt dem Organisationskomitee und seinem Generalsekretär, Prälat Dr. Heiner Koch, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Unser besonderer Dank gilt dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend, der - in guter Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gemeinschaften junger Katholiken - Herausragendes zur Vorbereitung

und Durchführung des Weltjugendtages mit den Tagen der Begegnung geleistet hat. In bewährter Weise hat er wieder demonstriert, dass das Bekenntnis zum christlichen Glauben und das soziale und politische Engagement in der Welt von heute zusammengehören. So hat sich der BDKJ erneut als die stärkste und verlässlichste Kraft in der katholischen Jugendarbeit erwiesen. Unser großer Dank gilt auch den Werken, die in ausgezeichneter Zusammenarbeit und mit großem Einsatz den Weltjugendtag mit geprägt haben.

Nicht zuletzt hat der Weltjugendtag die Vitalität der katholischen Kirche in Deutschland unter Beweis gestellt. Niemand kann die Schwächen des gegenwärtigen katholischen Lebens in unserem Land leugnen. Aber nicht nur die Jugendverbände und weitere Verbände und Organisationen, sondern auch viele Katholikinnen und Katholiken in den Pfarrgemeinden und Diözesen und in den bundesweiten Strukturen haben sich der Herausforderung des großen Ereignisses in Köln gestellt. Der organisierte deutsche Katholizismus hat - wie schon oft in der Geschichte - gezeigt, welche Treue zur Kirche und welche Kraft im Dienst am Glauben und für die Gesellschaft in ihm leben. Es ist die große Mehrheit der deutschen Katholiken, die ganz selbstverständlich auf dem Boden des Zweiten Vatikanischen Konzils steht, das vor vierzig Jahren zu Ende ging und dessen Beschlüsse vor dreißig Jahren durch die Gemeinsame Synode in Würzburg und die Pastoralynode in Dresden umgesetzt worden sind. Dieser Weg ist auch heute und morgen richtig. Die Leuchtkraft des Weltjugendtags ist von der Wirklichkeit des katholischen Lebens in Deutschland nicht zu trennen.

Jetzt ist es unser aller Aufgabe, die Begeisterung von Köln in das Leben der Gemeinden, Verbände und Gemeinschaften zu tragen und den jungen Frauen und Männern vertrauensvoll Chancen für ihr Leben aus dem Glauben zu geben. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken lädt die jungen Katholiken ein, auch den 96. Deutschen Katholikentag 2006 in Saarbrücken zu einer bewegenden Erfahrung der Gemeinschaft im Glauben zu machen.